

Kreistag des Landkreises Altenburger Land

Niederschrift

KT/011/2026

der 11. Sitzung des Kreistages des Landkreises Altenburger Land – **öffentlicher Teil** -
am Mittwoch, dem 04.02.2026, im Landratsamt Altenburger Land, Lindenaustraße 9,
04600 Altenburg, Landschaftssaal

Anwesenheit:

Landrat

Melzer, Uwe

AfD-Kreistagsfraktion

Beer, Tommy

Göring-Kube, Antje

Kühne, Sven

Meewis, Holger

Oehler, Bernd

Schmidt, Jens

Scholze, Andreas

Senftleben, Thomas

Tänzler, Manuela

Weber, Ronny

CDU/FDP-Fraktion

Backmann-Eichhorn, Kathrin

Dathe, Ronny

Gumprecht, Christian

Hermann, Rolf

Neumann, André

Nündel, Thomas

Pradel, Henrik, Dr.

Reinboth, Gerd

Tanzmann, Frank

Vohs, André

Weiß, Torsten

Zetsche, Andreas

Zippel, Christoph

anwesend bis 19:18 Uhr (Beginn nö-Teil)

SPD/Bündnis 90/DIE GRÜNEN-Fraktion

Helbig, Carsten

Läbe, Hendrik

Paulicks, Alexander

Rath, Doreen

Schrade, Sven

Toll, René

Fraktion DIE LINKE.Altenburger Land

Plötner, Ralf

Seifert, Susann

Sojka, Michaele

Tempel, Frank

Fraktion STARKE HEIMAT

Lahr, Thomas

Morgenstern, Thomas

Quellmalz, Lars
Schütze, Frank

Fraktion DIE REGIONALEN

Gerth, Ralf
Liefländer, Klaus-Peter

Fachbereichsleiter

Just, Frank
Thieme, Ronny
Wenzlau, Bernd

Fachdienstleiter

Apel, Michael
Bessel, Holger
Etzold, Loreen
Heiner, Jens
Manger, Silke
Schöne, Ivo
Tänzler, Mike
Trübger, Jörg
Wettig, Matthias
Wiechert, Silvia
Wolf, Thomas

Schrifführung

Albrecht, Angelika
Gabler, Kerstin

weitere Teilnehmer

Hahn, Janine
Roh, Sabrina
Seidel, Mathias
Strahlendorf, Andreas
Trommer, Tina

Gäste

Jurk, Ilona

sowie Fachdienstleiter und weitere Mitarbeiter des Landratsamtes, Vertreter der Presse und weitere Zuhörer.

Entschuldigt fehlen:

AfD-Kreistagsfraktion

Hoffmann, Thomas
Leibnitz, Carsten
Philipp, Heiko
Spöhr, Mirko

CDU/FDP-Fraktion

Greunke, Marcel

Fraktion DIE LINKE.Aaltenburger Land

Eißing, Mandy

Fraktion DIE REGIONALEN

Helbig, Christine

Vorsitz: Christian Gumprecht
Schriftführung: Angelika Albrecht, Kerstin Gabler
Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 19:41 Uhr
Verlauf der Sitzung:

Der Vorsitzende, Herr Gumprecht, eröffnet die 11. Sitzung des Kreistages und begrüßt die Anwesenden. Er stellt fest, dass die Mitglieder ordnungsgemäß geladen wurden und mit 40 Anwesenden Mitgliedern des Kreistages Beschlussfähigkeit besteht. Die folgende Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

Tagesordnung:	Drucksachen Nr.
1 Einwohnerfragestunde	
2 Genehmigung der Niederschrift über die 9. Sitzung vom 30. Oktober 2025	
3 Genehmigung der Niederschrift über die 10. Sitzung vom 26. November 2025	
4 Informationen des Landrates	
4.1 Bericht des Seniorenbeirates des Landkreises Altenburger Land	
5 Verschiedenes	
5.1 Anfragen aus dem Kreistag	
5.2 Allgemeine Aussprache gem. § 11 a Geschäftsordnung des Kreistages	
6 Sanierung und Erweiterung der Sporthalle an der Staatlichen Berufsbildenden Schule für Wirtschaft und Soziales in Altenburg, Projektauftrag Bundesprogramm „Sanierung kommunaler Sportstätten“ - Online-Kennung:100756453	KT-DS/0132/2026
7 Abberufung eines sachkundigen Bürgers aus dem Finanzausschuss und Berufung weiterer sachkundiger Bürger in die Ausschüsse des Kreistages (Antrag der AfD-Fraktion)	KT-DS/0133/2026
8 Haushaltssatzung des Landkreises Altenburger Land für das Haushaltsjahr 2026	KT-DS/0128/2026
8.1 ZURÜCKGEZOGEN - Antrag der Fraktion DIE LINKE - Haushaltsbegleitbeschluss 2026	
8.2 Änderungsantrag - Fraktion DIE REGIONALEN	
9 Finanzplan des Landkreises Altenburger Land für die Finanzplanjahre 2025 bis 2029	KT-DS/0129/2026
<i>Unterbrechung zur Durchführung des nicht öffentlichen Sitzungsteils</i>	
10 Beschluss zur Vergabe der Abfallentsorgungsdienstleistungen im Landkreis Altenburger Land ab 01.01.2027	KT-DS/0127/2025 nö

TOP 1 Einwohnerfragestunde

Der Vorsitzende Herr Gumprecht eröffnet die Einwohnerfragestunde und bittet um Wortmeldungen. Keiner der anwesenden Einwohner ergreift die Möglichkeit und richtet eine Frage an den Landrat bzw. an die Verwaltung.

TOP 2 Genehmigung der Niederschrift über die 9. Sitzung vom 30. Oktober 2025

Abstimmungsergebnis:

Von den 47 beschließenden Mitgliedern des Kreistages waren zur Abstimmung 40 Mitglieder anwesend. Die Niederschrift wurde mit 37 Ja-Stimmen bei 3

Stimmenthaltungen genehmigt.

TOP 3 Genehmigung der Niederschrift über die 10. Sitzung vom 26. Nov. 2025

Abstimmungsergebnis:

Von den 47 beschließenden Mitgliedern des Kreistages waren zur Abstimmung 40 Mitglieder anwesend. Die Niederschrift wurde einstimmig mit 40 Ja-Stimmen genehmigt.

TOP 4 Informationen des Landrates

Herr Melzer weist darauf hin, dass im Kreistagsinformationssystem die Beschlussvollzugsmeldung/Beschlusskontrolle von 11/2025 bis 01/2026 öffentlich eingestellt ist.

Herr Melzer informiert:

- Die Wahlperiode des Kreisheimatpflegers Wido Hertzsch endet in diesem Jahr nach fünf Jahren. Die KTM erhalten in den nächsten Tagen ein Schreiben des FD Wirtschaft, Tourismus und Kultur, da sie ein Vorschlagsrecht haben.

- zur Situation der vietnamesischen Auszubildenden

Die Netzwerkarbeit habe sehr gut funktioniert. Die Schmöllner Heimbetriebsgesellschaft habe Azubis übernommen; Interesse bestehe ebenfalls seitens des Meuselwitzer Seniorenzentrums.

- zum Thema Marstall

Natürlich werde am Ausbau des Marstalls festgehalten, als zweites Teilprojekt des Lindenau-Museums. Jetzt gehe es darum, eine Aufgabenstellung vorzubereiten, wie am Marstall weitergearbeitet werden soll. In den Ausschüssen und im Kreistag werde über das weitere Verfahren informiert.

- zur Wintersituation – Streusalz stehe ausreichend zur Verfügung

- zur Teilnahme an der „Grünen-Woche“ in Berlin

- zum Bauvorhaben an der historischen Sporthalle im Meuselwitzer Seckendorff-Gymnasium. Die entsprechende Vergabe (Rohbau) sei vergeben worden.

- zu Bauvorhaben an vier Grundschulen im Landkreis (Wintersdorf, Meuselwitz, Posa, Altkirchen). Der Kultusminister Tischner habe einen Bescheid in Höhe von 2,6 Millionen Euro im Zusammenhang mit dem Projekt GanztagsInvest II übergeben.

- zur Auslegung des Nahverkehrsplanes. Am 1. April soll der Plan dem Kreistag zur Beschlussfassung vorgelegt werden. Gleichzeitig könnte es eine Bestandsaufnahme für die Abstimmungen im Mai betr. Mobilitätsgerechtigkeit im Landkreis sein.

- dass die Genehmigung für den vom Kreistag am 2. April 2025 beschlossenen Schulnetzplan eingegangen ist.

TOP 4.1 Bericht des Seniorenbeirates des Landkreises Altenburger Land

Herr Melzer teilt mit, dass die Vorsitzende des Seniorenbeirates, Frau Richter, heute nicht anwesend sein kann. Aus diesem Grund wurde der Bericht schriftlich verfasst und den

Fraktionsvorsitzenden in die Mappen gelegt. Im Kreistagsinformationssystem ist der Bericht ebenfalls unter dem TOP zu finden.

Herr Melzer berichtet über verschiedene Aktivitäten des Seniorenbeirates und über Veranstaltungen, an denen der Beirat teilgenommen bzw. sich eingebracht hat.

Der Vorsitzende ergänzt, dass sicherlich die Möglichkeit besteht, eventuelle Nachfragen an die Vorsitzende des Seniorenbeirates zu richten, u. a. im Sozialausschuss.

TOP 5 Verschiedenes

TOP 5.1 Anfragen aus dem Kreistag

Herr Melzer informiert über bereits durch die Verwaltung beantwortete Anfragen. Zum einen war dies die Antwort auf die Anfrage der Fraktion DIE LINKE zu politisch motivierten Sachbeschädigungen an Schulen des Landkreises. Ferner seien die Fragen der AfD-Fraktion zum Haushalt 2026 schriftlich beantwortet worden.

Auf Nachfrage von Herrn Gumprecht meldet sich Herr Schrade zu Wort.

Er möchte wissen, ob schon gesagt werden könne, wann die Studie zu dem möglichen Neubau einer Grundschule in Nöbdenitz vorgestellt werden kann.

Herr Melzer teilt mit, dass es eine interne Abschlussveranstaltung zur Arbeit der Studenten gegeben habe.

Herr Wenzlau ergänzt, dass ein Modell in der Schloßstraße in Schmölln steht. Im nächsten WUBA soll beraten werden, wann eine Ausschusssitzung in Schmölln stattfinden kann, da das Modell zu groß zum Transportieren ist. Ferner soll sich darüber abgestimmt werden, wie die weiteren Schritte sind. Er erinnert daran, dass in der Schulnetzplanung die Zusammenlegung am Standort Nöbdenitz bestätigt wurde.

Herr Melzer schlägt vor, auch die Mitglieder des Ausschusses für Schule, Kultur und Sport zu der WUBA-Sitzung mit einzuladen.

TOP 5.2 Allgemeine Aussprache gem. § 11 a Geschäftsordnung des Kreistages

Eine Aussprache wurde von keiner Fraktion beantragt.

Damit entfällt dieser Tagesordnungspunkt.

KT-DS/0132/2026

TOP 6 Sanierung und Erweiterung der Sporthalle an der Staatlichen Berufsbildenden Schule für Wirtschaft und Soziales in Altenburg, Projektauftrag Bundesprogramm „Sanierung kommunaler Sportstätten“ - Online-Kennung:100756453

Herr Melzer bittet Herrn Wenzlau um nähere Erläuterungen.

Aufgrund eines Bundesprogrammes habe sich die Verwaltung entschlossen, sich an diesem Projektauftrag zu beteiligen. Um gelistet zu werden, sei zunächst ein KT-Beschluss erforderlich.

Die Verwaltung habe auch geprüft, ob andere Programme infrage kommen würden, aber nach den Kriterien seien diese nicht förderfähig. Die Förderung betrage 45 Prozent. Beim Schulförderprogramm des Landes Thüringen betrage die Förderung 60 Prozent. Die Beantragung erfolge zunächst für beide Programme. Die Verwaltung wird informieren, über welches Programm die Baumaßnahme durchgeführt wird.

Herr Senftleben möchte wissen, wie hoch die Bausumme ca. sein wird.

Ca. 7,35 Millionen Euro wurden ermittelt, so Herr Melzer. Bei 45 Prozent Förderung würde die Zuwendung ca. 3,3 Millionen betragen; der Eigenanteil dementsprechend ca. 4,042 Millionen Euro.

Weitere Nachfragen werden nicht gestellt.

Frau Rath teilt mit, dass der Ausschuss für Wirtschaft, Umwelt und Bau die Vorlage einstimmig zur Annahme empfohlen hat.

Der Kreistag fasst folgenden Beschluss:

Beschluss Nr. 121:

Der Kreistag beschließt, für die Sanierung und Erweiterung der Sporthalle an der Staatlichen Berufsbildenden Schule für Wirtschaft und Soziales in Altenburg am Projektauftrag Bundesprogramm „Sanierung kommunaler Sportstätten“ – Online-Kennung:100756453 – teilzunehmen.

Der Landrat wird ermächtigt, die Planungsleistungen soweit zu forcieren, dass ein Zuwendungsantrag zur Bundesförderung erstellt werden kann.

Abstimmungsergebnis:

Von den 47 beschließenden Mitgliedern des Kreistages waren zur Abstimmung 40 Mitglieder anwesend.

Der Beschluss wurde einstimmig mit 40 Ja-Stimmen gefasst.

KT-DS/0133/2026

TOP 7 Abberufung eines sachkundigen Bürgers aus dem Finanzausschuss und Berufung weiterer sachkundiger Bürger in die Ausschüsse des Kreistages (Antrag der AfD-Fraktion)

Der Vorsitzende ruft o. g. KT-Drucksache auf und fragt die Vertreter der einreichenden Fraktion, ob das Wort zur Erläuterung gewünscht wird. Das ist nicht der Fall. Es ergeht der Hinweis, dass die Abstimmung über die 4 Unterpunkte jeweils separat erfolgt.

Der Kreistag fasst folgenden Beschluss:

Beschluss Nr. 122:

1. Der Kreistag des Landkreises Altenburger Land beruft Herrn Torben Braga als sachkundigen Bürger aus dem Finanzausschuss ab.
2. Der Kreistag des Landkreises Altenburger Land beruft Herrn Alexander Schwarz als sachkundigen Bürger in den Finanzausschuss.
3. Der Kreistag des Landkreises Altenburger Land beruft Herrn Alexander Schwarz als sachkundigen Bürger in den Ausschuss für Schule, Kultur und Sport.
4. Der Kreistag des Landkreises Altenburger Land beruft Herrn Ralf Großmann als sachkundigen Bürger in den Ausschuss für Soziales und Gesundheit.

Abstimmungsergebnis:

Von den 47 beschließenden Mitgliedern des Kreistages waren zur Abstimmung 40 Mitglieder anwesend.

Die Abstimmung über Punkt 1 des Beschlussvorschlages erfolgte einstimmig mit 40 Ja-Stimmen.

Die Abstimmung über Punkt 2 des Beschlussvorschlages erfolgte mit 33 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 4 Stimmenthaltungen.

Die Abstimmung über Punkt 3 des Beschlussvorschlages erfolgte mit 33 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 4 Stimmenthaltungen.

Die Abstimmung über Punkt 4 des Beschlussvorschlages erfolgte mit 33 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 4 Stimmenthaltungen. Ein Mitglied hat an der Abstimmung nicht teilgenommen.

KT-DS/0128/2026

TOP 8 Haushaltssatzung des Landkreises Altenburger Land für das Haushaltsjahr 2026

Der Vorsitzende, Herr Gumprecht, ruft die KT-Drucksache KT-DS/0128/2026 „Haushaltssatzung“ auf und verweist darauf, dass es üblich sei, diesen TOP gemeinsam mit der KT-Drucksache „Finanzplan“ KT-DS/0129/2026 zu beraten. Es erfolgt eine konkludente Zustimmung zu dieser Vorgehensweise.

Herr Melzer erhält das Wort.

Ziel sei es gewesen, einen Haushalt bereits im vergangenen Jahr zu beschließen. Dies sei nicht gelungen. Herr Melzer geht auf die Historie zur HH-Erarbeitung ein und benennt Eckdaten sowie die erfolgten Anpassungen. Insgesamt hätten 24 Ausschüsse zum Thema Haushalt getagt. Die Ausgangslage sei denkbar ungünstig gewesen, gerade was die sozialen Leistungen betrifft.

Im Folgenden benennt Herr Melzer die durch die Verwaltung vorgenommen Kürzungen. Die größten Veränderungen zum Jahr 2025 habe es im Personalbereich aufgrund der Tarifierhöhung gegeben sowie im Sozialbereich. Ferner seien mehr Gelder (1,4 Millionen Euro) für die THÜSAC eingestellt worden.

In die HH-Diskussion Ende September sei die Verwaltung mit einer Kreisumlage in Höhe von 53,06 % und einer Schulumlage in Höhe von 6,87 % gegangen. Dass diese Höhe der Kreisumlage nicht genehmigungsfähig war, sei allen klar gewesen.

Mit dem Gemeinde- und Städtebund habe man sich verständigt; ein Schreiben wurde an die Finanzministerin übergeben. Die Zahlen seien offengelegt und dem Thür. LKT sowie dem Finanzministerium übergeben worden. Infolge dieses Schreibens habe ein Treffen mit der Finanzministerin und der Kämmerin des LK Greiz stattgefunden. Letztendlich habe es weitere Zuführungen des Landes Thüringen an die Landkreise gegeben; insgesamt habe der Landkreis Altenburger Land Zuschüsse in Höhe von 8,115 Millionen Euro erhalten. Zusätzlich habe die Verwaltung Kürzungen am Personal in Höhe von 606 TEuro (4 Stellen = 206 TEuro und 400 TEuro pauschale Kürzung) vorgenommen.

Insgesamt konnte die Kreisumlage um 8,568 Millionen Euro eingekürzt werden, was einem Kreisumlagesatz in Höhe von 44,957 % entspricht, Schulumlage 6,83 %. Im 2. Planentwurf sei dies dementsprechend dargestellt worden.

Herr Melzer kommt im Folgenden auf die Gemeindebeteiligung zu sprechen. Im Finanzausschuss sei im Detail darüber informiert worden. Im Ergebnis könne bescheinigt werden, dass im dargestellten Betrachtungszeitraum die dauernde Leistungsfähigkeit auf beiden Seiten – Landkreis und Kommunen – gegeben ist; auf Gemeindeseite allerdings mit stark ausgeprägten Unterschieden.

Herr Melzer betont, dass man sich bewusst sei, dass beide Seiten Aufgaben in unterschiedlicher Art und Weise zu erfüllen haben.

Im Bereich des Personal sei immer wieder über zwei Stellen diskutiert worden.

■ Technikerstelle im IT-Bereich

Herr Melzer wirbt dafür, dass die Stellenbesetzung im IT-Bereich verantwortungsbewusst aufgebaut wird, da mit fortschreitender Digitalisierung ein gewisser Personalbedarf erforderlich, um letztlich Synergien für die einzelnen Fachbereiche zu erhalten.

In dem Zusammenhang berichtet Herr Melzer über die Einführung der E-Akte in den verschiedenen Bereichen des LRA.

■ Stelle Arbeitssicherheit im FD 11

Herr Melzer informiert über die Aufgaben, die zu dieser Stelle gehören und verweist auf die Vorbemerkungen im HH-Plan. Gegenwärtig bediene man sich eines externen Anbieters, um diese Aufgaben zu erfüllen. Ca. 40 TEuro könnten bei eigener Stelle reduziert werden.

Weitere Ausführungen folgen zum Vermögens-HH. Investitionen in Höhe von 36,4 Millionen Euro seien im Jahr 2026 geplant. Einnahmen in Höhe von 23,8 Millionen Euro können den Ausgaben entgegengesetzt werden. Demnach betrage das Kreditvolumen 12,6 Millionen Euro. Dafür werde das Investitionsprogramm des Landes Thüringen in Anspruch genommen. In den nächsten vier Jahren erhalte der Landkreis 20 Millionen Euro. Für das Jahr 2026 seien dies 8,3 Millionen Euro. Des Weiteren bestehe die Kreditermächtigung aus dem Jahr 2025 in Höhe von 4,3 Millionen Euro. Zins und Tilgung übernehme der Freistaat.

Positiv sei ferner, dass der Landkreis Fördermittelbestätigungen für die kulturellen Einrichtungen sowie für die vier Grundschulen erhalten habe. Für Straßenbaumaßnahmen seien ebenfalls Fördermittel in den HH eingestellt.

Herr Melzer benennt die geplanten Baumaßnahmen im Straßenbereich und an den Schulen des Landkreises sowie im Breitbandbereich.

Als Fazit könne bestätigt werden, dass es ein sehr anspruchsvoller Haushalt ist, der von der Verwaltung umgesetzt werden müsse. Der Landkreis „gestalte“ und die Pflichtleistungen können mit diesem HH erfüllt werden.

Abschließend weist er darauf hin, dass 2028 der Kommunale Finanzausgleich (KFA) novelliert werden soll. Dabei seien unbedingt die Pflichtleistungen zu beachten. Diese müssen ausfinanziert sein. Die Landkreise seien keine Bittsteller, sondern erfüllen die vorgeschriebenen Aufgaben.

Herr Melzer wirbt für die Zustimmung zu diesem Haushalt.

Der Vorsitzende Herr Gumprecht informiert, dass

- HH-Satzung sowie HH-Plan und Finanzplan per E-Mail vom 16. Januar und
- die Stellungnahmen der Gemeinden sowie die Auswertung der Gemeindebeteiligung per E-Mail vom 28. Januar 2026

den Mitgliedern des Kreistages zur Verfügung gestellt wurden.

Ferner liege ein Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE vor, zu dem er den Fraktionsvorsitzenden Herr Tempel zur Erläuterung aufgefordert.

Herr Tempel verweist darauf, dass es sich nicht um einen Änderungsantrag handelt, sondern um einen Begleit- bzw. Ergänzungsbeschluss, der dem HH-Beschluss angefügt werden soll. Einig dürften sich alle sein, dass mit dem HH-Beschluss eine Situation entsteht, mit der niemand mehr glücklich ist und dass auch niemand mehr sagen kann, dass noch Gestaltungsspielraum für die kommunalen Mandatsträger vorhanden ist.

Seine Fraktion habe sehr ernsthaft darüber diskutiert, ob diesem HH noch einmal zugestimmt werden kann. Er erinnert an die HH-Sperre und die Gründe dafür, u. a. die pauschalen Kürzungen.

Die Argumentation der anderen Fraktionen in den Ausschüssen werde wahrgenommen; Vertreter der Verwaltung seien zur Fraktionssitzung hinzugezogen worden. Diskutiert worden sei, was gegen den Haushalt spricht, aber auch was dafürspricht, diesen HH nicht abzulehnen. Trotzdem soll es ein „Weiter so“ nicht geben.

Der Antrag beinhaltet drei Punkte:

- Es soll frühzeitiger in die Vorbereitung eines kommenden Haushaltes gegangen werden

(Pkt. 1 des Antrages); bis 30.04.26 soll eine „Arbeitsgruppe HH 2027“ gegründet werden.

- Ferner soll eine gemeinsame Stellungnahme erarbeitet werden.
- Priorisierung und schrittweise Umsetzung der qualifizierten Erweiterung des Jugendförderplanes

Herr Tempel bittet um Zustimmung zum Antrag und entsprechende Umsetzung in einer überfraktionellen Arbeitsgruppe.

Herr Melzer verweist auf die rechtlichen Bestimmungen. Herr Tempel habe den Antrag als Haushaltsbegleitbeschluss definiert. Dieser Antrag müsste separat mit eigener Beschlussfassung behandelt werden. Eingegangen sei der Antrag am Dienstagnachmittag und damit nicht fristgerecht. Möglich wäre eine Aufnahme in die Tagesordnung und eine Behandlung im Rahmen der Dringlichkeit und mit 2/3-Mehrheit. Es müsse aber klar gesagt werden, dass die Dringlichkeit nicht gegeben ist, da es keinen Bezug auf das HH-Jahr 2026 gibt. Der Antrag könnte demnach zur KTS am 1. April behandelt werden. Er möchte aber die Diskussion nicht „wegwischen“, der Antrag könne gern besprochen werden. Hinzu komme, dass der Antrag Bestandteile enthalte, die eindeutig „laufende Angelegenheiten der Verwaltung“ sind und demnach nicht in die Zuständigkeit des Kreistages fallen.

Der Vorsitzende Herr Gumprecht verweist darauf, dass es zwei Möglichkeiten gebe. Entweder es werde in der HH-Diskussion fortgefahren oder es werde zunächst abgestimmt, ob der Antrag der Fraktion DIE LINKE in die TO aufgenommen werden soll. Für die Aufnahme in die TO wäre eine 2/3-Mehrheit erforderlich.

Herr Zippel stellt einen **Antrag zur Geschäftsordnung** gem. § 16 Abs. 1 Buchstabe d und beantragt eine 10-minütige **Sitzungsunterbrechung**. Diesem Antrag wird konkludent zugestimmt.

Die Sitzung des Kreistages wird von 17:58 Uhr bis 18:08 Uhr unterbrochen.

Herr Tempel erhält das Wort und erklärt, dass für die heutige Tagesordnung der **Antrag zurückgezogen** wird.

Gleichzeitig wird der Antrag für die nächste KT-Sitzung am 1. April eingebracht. Aus anderen Fraktionen habe er bereits konstruktive Gedanken erhalten. Daher mache es Sinn, bis zur nächsten KTS zu warten.

Der Vorsitzende fährt in der HH-Diskussion fort. In der Reihenfolge Ihrer Größe werden die Fraktionen aufgefordert, ihre Statements zu halten.

Herr Zippel, Vorsitzender der CDU/FDP-Fraktion, bedankt sich bei allen, die an diesem Haushaltsprozess mitgewirkt haben. Es sei eine schwierige Zeit mit vielen Problemlagen, auf die Herr Zippel im Folgenden näher eingeht – Tarifsteigerungen, reduzierte Zuweisungen von Seiten des Landes, gestiegene Sozialausgaben.

Er verweist auf den steigenden Altersdurchschnitt und die niedrigen Renten. Diese Konstellation bzw. dieses Problem wird eine Belastung für die künftigen Haushalte sein. Das sei auch der Grund für einen ersten HH-Vorschlag mit einer unglaublich hohen Kreisumlage vorgelegt wurde, bei der man sich fraktionsübergreifend einig war, dass das so nicht geht. Als Ziel sei allen klar gewesen, dass weiterhin Investitionen ermöglicht werden sollen, die Kreisumlage sollte irgendwie erträglich sein und ein Rest Mittel für den kommunalen Gestaltungsspielraum sollte erhalten bleiben.

Die Herausforderung sei, das Funktionieren des Kreises zu ermöglichen. Trotz Sparmaßnahmen könne „nicht blind der Rotstift angesetzt werden“. Es müsse geschaut werden, welche Kompetenzen, welches Personal zwingend gebraucht wird, um das Funktionieren der öffentlichen Hand zu ermöglichen. Vor der gleichen Herausforderung stehen aber auch die Kommunen und daher könne den Gemeinden auch keine Kreisumlage aufgebürdet werden, die eine Umsetzung unmöglich machen.

Die Kreisumlagehöhe von knapp 45 % könne niemanden glücklich machen. Das Ergebnis sei aber „unter Schmerzen“ ertragbar, auch wenn klar ist, dass der Gestaltungsspielraum eingeschränkt wird. Er verstehe auch jeden Bürgermeister, der bei dieser Kreisumlage eine Träne im Auge hat. Aber man müsse dafür sorgen, dass der Kreis funktioniert.

Seine Fraktion sehe daher einen Weg, der mitgetragen werden könne.

Bei den ganzen HH-Diskussionen in der Fraktion sei immer die Frage gewesen, was die Perspektive ist und wo „die Reise hin geht“. Wann wird es endlich mal wieder besser?

Einiges lasse ihn hoffen, dass es in den nächsten Jahren wieder mehr Gestaltungsspielraum geben wird; mit einer disziplinierten Kreisverwaltung, der man „auf die Finger schauen“ wird. Den Antrag der Fraktion DIE LINKE werde man diskutieren. Er denke, dass dies genau der richtige Weg ist, alle Ideen auf den Tisch zu legen.

Ferner baue er auf das Thema Sozialstaatsreform, da das Problem mit der größten Belastung, die Sozialausgaben, nicht vor Ort gelöst werden könne. Ebenfalls baue er auf die KFA-Novelle im Jahr 2028, da jeder wisse, dass es zu Veränderungen kommen muss, um der kommunalen Ebene wieder „Luft zum Atmen“ zu verschaffen. Es gebe eine Perspektive und man könne auch optimistisch sein. Herr Zippel verweist auf moderates Wirtschaftswachstum, mehr Gewerbesteuererinnahmen, evtl. der Mut zu mehr KI in der Verwaltung. Er hoffe, dass jedes Kreistagsmitglied die Perspektive für sich selbst findet. Seine Fraktion sehe diese Perspektive und man werde dem Haushalt zustimmen.

Frau Göring-Kube, ergreift das Wort für die AfD-Fraktion. Sie beginnt ihren Wortbeitrag mit der Aussage: „Politik beginnt beim Betrachten der Realität“. Wer den HH-Entwurf für 2026 betrachtet, der sehe keine Gestaltung, sondern der sehe eine Flucht vor der Realität. Ihre Fraktion habe sich intensiv durch den HH-Plan gearbeitet; das Fazit sei bitter. Dieser HH sei kein Plan für die Zukunft, er sei ein Dokument der Hilflosigkeit.

1. Thema Schulden – 2025 sei man mit ca. 27 Millionen Euro gestartet. Ende 2026 sollen es bereits über 41 Millionen Euro sein. Dies sei kein moderater Anstieg. Man erkaufe sich ein „Weiter so“ auf Pump. Man finanziere heute Wünsche mit dem Geld, dass die Kinder morgen dringend für Straßen und Schulen benötigen. Wer heute dem Schuldenaufwuchs zustimmt, der verabschiede sich von der Generationsgerechtigkeit. Das trage die AfD-Fraktion nicht mit.

2. Falsche Prioritäten – In Zeiten knapper Kassen müsse man den Mut haben, zwischen wünschenswert und notwendig zu unterscheiden. Dieser Entwurf tue das nicht. Die Demografie betrachtend, sinke die Geburtenanzahl, die Abwanderung bleibe schlecht und im Zuzug seien vermehrt ältere Gruppen vertreten. Im Haushalt werden aber wieder einmal Strukturen aufgebläht. Der FACK e. V. etabliere eine neue Personalstelle als Modellprojekt mit dynamisch steigenden Kosten bis 2028. Ist das eine kommunale Pflichtaufgabe? Nein. Ist es in dieser HH-Lage zwingend? Nein. Es sei ein nice to have, ein politisches Wohlfühlprojekt, welches man sich schlicht nicht mehr leisten könne, wenn gleichzeitig über marode Infrastruktur im Altenburger Land geklagt wird. Der Landkreis leiste sich einen Luxus, der an der Lebensrealität der Steuerzahler vorbeigehe.

3. Fehlende Ehrlichkeit – statt echter Einsparungen sehe man buchhalterische Kosmetik. Wenn z. B. im Sportbereich Gelder vom freiwilligen in den Pflichtbereich verschoben werden, dann mag das auf dem Papier wie eine Strukturänderung aussehen. In der Realität sei das aber nur der Versuch, Ausgaben zu verstecken, statt sie zu hinterfragen. Ein Haushalt, der Investitionen fast nur noch über Kredite deckt und bei den laufenden Kosten jeden Sparwillen vermissen lässt, sei nicht genehmigungsfähig. Es sei völlig gleich, aus welchen Töpfen der Mehrbelastungsausgleich an die Kommunen verteilt werden. Es bleibe Steuergeld, welches für falsche Prioritäten eingesetzt wird.

An Herrn Melzer gewandt, äußert Frau Göring-Kube, dass die Zustimmung zu einem HH ein Vertrauensvorschuss sei. Dieser vorliegende HH-Entwurf rechtfertige dieses Vertrauen nicht. Die AfD-Fraktion fordere keine „schwarze Null“, aber sie fordere die

Rückkehr zur Vernunft. Es werde kein Haushalt gebraucht, der Probleme mit Geld zuschüttet, welches es nicht gibt. Es werden Prioritäten gebraucht. Da diese fehlen, werde heute aus Verantwortung für diesen Landkreis „Nein“ zum Haushalt gesagt.

Herr Paulicks, Vorsitzender der SPD/Bündnis 90/DIE GRÜNEN-Fraktion, richtet ebenfalls seinen Dank an alle, die an der HH-Erarbeitung beteiligt waren. Man befinde sich in einem strukturellen Dilemma; die Lage sei angespannt. Bund und Land übertragen den Landkreisen immer mehr Aufgaben. Gleichzeitig werden die Aufgaben nicht ausreichend finanziert; die Kosten verbleiben bei den Landkreisen und damit am Ende bei den Städten und Gemeinden, die die Kreisumlage bezahlen. Gemeinsam mit anderen Landkreisen müsse sich dafür eingesetzt werden, dass die übertragenen Aufgaben vollständig refinanziert werden. „Wer bestellt bezahlt.“ In Anbetracht der hohen Pflegekosten müsse die Pflegeversicherung reformiert werden, in welcher Form auch immer.

Der erste HH-Entwurf habe die Schieflage deutlich gemacht. Weder der Stellenplan noch die Kreisumlage seien in irgendeiner Form zustimmungsfähig gewesen.

Der nun vorliegende überarbeitete Entwurf enthalte einen leicht reduzierten Stellenplan. Dies sei ein Schritt in die richtige Richtung, der aber nicht ausreiche. Er verweist auf den Beschluss zur 5 %igen Stellenreduzierung. Das bedeute, was heute beschlossen wird, dürfe nicht die Probleme von morgen weiter verschärfen. Es werde eine realistische vorausschauende Personalplanung gebraucht, keine kurzfristige Kosmetik. Die jetzige Reduzierung sei nicht das, was man erwartet habe. Die Bevölkerung sinke, daher müssen auch die Stellen sinken. Die Kassen seien leer, Gestaltungsräume gebe es nicht. Der Haushalt 2026 sei ein Haushalt der Verwaltung des Mangels. Neue Projekte, neue freiwillige Leistungen oder große Entwicklungsschritte seien nicht möglich.

Die Städte und Gemeinden im Altenburger Land seien am Limit und höhere Kreisumlagen können nicht zugemutet werden. Wer die kommunale Ebene schwächt, schwäche die gesamte Region.

Trotz all dieser Kritikpunkte werde seine Fraktion den Haushalt 2026 mehrheitlich unterstützen. Nicht weil er gut ist, sondern weil er notwendig ist. Ein Hinauszögern helfe niemandem. Es werde auch nicht gesehen, dass sich die Zahlen ändern, wenn der Haushaltsbeschluss auf Mai verschoben werden würde. Die strukturellen Probleme bleiben bestehen, steigende Pflichtausgaben, unzureichende Finanzierung – warten schaffe keine Lösung. Umso wichtiger sei der Blick nach vorn.

Der – heute zurückgezogene – Vorschlag der Fraktion DIE LINKE, könne zu großen Teilen unterstützt werden. In den Ausschussrunden könne über Klarheit Aufgaben, Standards, Finanzierung und Einsparpotentiale diskutiert werden. Nur so könne verhindert werden, dass im nächsten Jahr wieder unter massivem Zeitdruck ein Nothaushalt beschlossen werden muss. Der Landkreis brauche keine Schönrechnerei, sondern Ehrlichkeit, Weitsicht und Solidarität mit den Kommunen. Bund und Land müssen endlich ihrer Verantwortung gerecht werden. Bis dahin müsse im Kreis verantwortungsvoll mit dem umgegangen werden, was uns zur Verfügung steht. Er hoffe auf einen positiven Tagesabschluss.

Herr Tempel, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE, bedankt bei allen, die konstruktiv am HH mitgewirkt haben, ebenso bei den Vertretern der Verwaltung für deren Erläuterung. Er verweist im Altenburger Land auf ein größeres Armutproblem als in anderen Regionen. Der Landkreis gehöre zu den einkommensschwächsten Kommunen. Bei Kürzungen in den Bereichen werde man dies bei den Sozialausgaben in den Pflichtausgaben spüren.

Bezüglich des Beschlusses zur Personalreduzierung äußert er, dass es intelligent gewesen wäre, 5 % der Kosten zu reduzieren. 5 % der Stellen zu reduzieren, bedeute nicht, dass auch 5 % Kosten im Haushalt eingespart werden.

Es müsse geschaut werden, warum und wo Kosten entstehen. Er verweist auf die hohen sozialen Kosten im Pflegebereich, die die Landkreise als Pflichtaufgaben tragen müssen.

Herr Tempel hebt die Bedeutung von Prävention hervor und nennt beispielhaft den FACK e. V., der viele zusätzliche Fördermittel für präventive Projekte in die Region hole. Er denke auch an einen Streetworker für die Südregion, da er wisse, welche Wirksamkeit es hat, einen Ansprechpartner vor Ort zu haben. Der Kreistag habe dafür kein Geld. Jeder Anfänger im volkswirtschaftlichen betriebswirtschaftlichen Denken wisse, dass Prävention volkswirtschaftlich nicht nur sozial, sondern sehr sinnvoll ist und langfristig Kosten sparen kann.

Der Kreistag denke notgedrungen von einem Jahr ins nächste. Die Frage sei aber, wie mit wirksamen präventiven Mitteln etwas bewerkstelligt werden kann, um langfristig Kosten zu senken. Für die bundesweit hohe Armutsquote könne man nichts und auch die regionalen Besonderheiten können nicht beeinflusst werden – wenn die Einkommen schlecht sind, dann sei auch der soziale Binnenmarkt schwach, dann haben auch Gewerbe, Service und Dienstleistungen wenig Einnahmen.

Selbstverständlich hätte man einen Antrag einbringen können, um langfristig in anderen Ausgabenbereichen die Pflichtausgaben zu senken. Diese Möglichkeit gebe es aber nicht mehr. Deswegen habe man ernsthaft darüber diskutiert, ob die Kommunalfinanzen überhaupt noch verfassungskonform sind und ob es noch irgendeinen Gestaltungsspielraum gibt. Es gebe auch keine Vorschläge von anderen Fraktionen, wo noch irgendetwas gestaltet werden kann.

Er sei in die Kommunalpolitik gegangen, um zu gestalten. Eine Stadt oder Gemeinde möchte aber auch gestalten. Es müsse darüber geredet werden, wie gemeinsam agiert werden kann. Exemplarisch nennt er den Kampf des Oberbürgermeisters für eine Industriegebiet und die sich daraufhin gebildete Bürgerinitiative. Meist seien dies genau die Menschen, die sich zuerst beschwerten, wenn in der Kommune nichts passiert.

Es müsse gestaltet werden, ob das Photovoltaik ist, ein Industriegebiet oder der ÖPNV, der ein Standortfaktor ist.

Wenn es einer Stadt Altenburg bessergeht, dann sei das gut für den gesamten Landkreis, weil auch andere Kommunen bei der Kreisumlage entlastet werden könnten.

Es müsse im Kreistag ein gemeinsames Diskutieren geben, um gemeinsam gestalten zu können. Ihm sei die Sozialpolitik wichtig, anderen die wirtschaftliche Entwicklung. Dies gehöre aber zusammen, das sei kein Gegeneinander. In diese Richtung gehe auch der Begleitbeschluss, der zum nächsten KT vorgelegt und diskutiert, vielleicht auch verbessert wird. Einfach nur gegenseitig Vorwürfe zu machen, das bringe den Landkreis nicht voran.

Herr Liefländer, Vorsitzender der Fraktion DIE REGIONALEN, führt aus, dass ein mehr als schwieriger Haushalt vorliege. Zu Beginn der HH-Debatte hätten utopische Zahlen vorgelegen. Er sehe „System“ dahinter – man fange mit hohen Zahlen an, um dann am Ende sagen zu können, dass viel geschafft wurde. Er zitiert aus einer von der Kreisverwaltung vorgelegten Vorlage: *„Im Ergebnis konnte die Kreisumlage um 8.568.120 Euro gesenkt werden.“* Nein – Die Kreisumlage sei um 4.831.626 Euro nach oben gegangen. Die Frage sei immer, von welchem Ausgangswert ausgegangen wird. Herr Liefländer bemängelt, dass die Verwaltung nicht vorarbeite und jeder Ansatz aus den Fachbereichen übernommen wird und somit zu Beginn utopische Zahlen vorliegen. 2021 hatte der Landkreis 89.393 Einwohner. Die Kreisumlage betrug 38,3 Prozent = 31,96 Millionen Euro. 2026 hat der Kreis noch 87.508 Einwohner. Die Kreisumlage betrage 44,96 Prozent = 47,5 Millionen Euro. Im Jahr 2020 gab es in der Kernverwaltung 346 Stellen. Im Jahr 2026 gibt es 456 Stellen, 110 Stellen mehr.

Im Fazit bedeute das, dass 110 Stellen mehr benötigt werden, um 1885 Einwohner weniger zu verwalten, so Herr Liefländer.

Er habe immer gedacht, dass die EDV den Landkreis nach vorn bringt, dass durch die IT Stellen eingespart werden, dass die Verwaltung schneller und effektiver wird. Er könne dies aber nicht feststellen. Die Verwaltung werde weder effektiver und schneller noch werde Personal eingespart.

Wollen wir wirklich so weitermachen, fragt Herr Liefländer. Der Kreistag habe 5 % weniger Personal beschlossen; jetzt gebe es wieder einen Stellenaufwuchs mit 1,294 Stellen in der Kernverwaltung.

Der Stellenabbau hingegen finde in Bereichen statt, die unmittelbar mit dem Bürger zu tun haben, nämlich 1,423 Stellen in Museen, Volkshochschule, Musikschule und eine weitere Stelle im Jobcenter. Dies seien die Stellen, mit denen die Bürger direkt Kontakt hat. Dagegen werden mehr Stellen benötigt, um uns selbst zu verwalten. Das könne nicht wahr sein, so Herr Liefländer. Wann soll es zu einer Trendumkehr kommen?

Herr Liefländer bringt einen **Änderungsantrag** ein. Er bittet zu beschließen, dass im Stellenplan 2026 zwei Stellen gestrichen werden:

- 1 VbE Sachbearbeiter Systemtechnik im UA 02110 FD IT
- 1 VbE Fachkraft Arbeitssicherheit im UA 02200 FD Personal

Ihm sei sehr wohl bewusst, dass diese Stellen mittelfristig benötigt werden, aber ihm gehe es um das Signal. Welche Verwaltung von kreisangehörigen Städten und Gemeinden könne es sich leisten, in diesem Jahr weitere IT-Mitarbeiter einzustellen? Natürlich seien die Stellen notwendig, aber der Landkreis müsse auch ein Stück weit mit gutem Beispiel vorangehen und die Stelle z. B. bis 2027 aussetzen. Dasselbe gelte für den Mitarbeiter Arbeitssicherheit. Er wiederholt, dass es um die Signalwirkung nach außen gehe. Des Weiteren kommt Herr Liefländer auf die HH-Stelle 57020 – Jahresempfang – zu sprechen. Dort sei gegenüber dem Jahr 2024 ein Aufwuchs in Höhe von 5 TEuro zu verzeichnen. Begründet werde dies mit dem Anstieg der allgemeinen Preissteigerungsrate. Es gehe nicht um viel Geld, es gehe um die Signalwirkung. Die Verwaltung sei leider nicht auf seinen Hinweis eingegangen.

Abschließend bittet Herr Liefländer seinem Änderungsantrag zuzustimmen, dass im Stellenplan die beiden genannten Stellen gestrichen werden.

Der Vorsitzende Herr Gumprecht weist darauf hin, dass Änderungsanträge schriftlich vorgelegt werden sollten.

Herr Lahr, Vorsitzender der Fraktion STARKE HEIMAT, erhält das Wort. Ein LK-Haushalt habe sehr viel mit Zahlen, Einnahmen, Ausgaben, Relationen zu tun. Deshalb sei es für ihn bemerkenswert und frappierend, dass diejenigen Vertreter, die einem solchen Haushalt zustimmen wollen, in ihrer Argumentation vollkommen ohne Zahlen auskommen und inhaltslos irgendetwas Allgemeines dazu äußern, immer getragen vom Prinzip Hoffnung.

Er bedankt sich bei der AfD-Fraktion und Herrn Liefländer für die klare Darstellung von Zahlen. Der zu beschließende Kreishaushalt und seine adäquate Umsetzung im Verwaltungs- und Vermögensbereich sei die Königsdisziplin an der Schnittstelle von Bürgern und deren gewählten Vertretern im Kreistag zur Verwaltung.

Seiner Fraktion sei sehr wohl bewusst, dass ohne beschlossenen Kreishaushalt Städte und Gemeinden nur bedingt handlungsfähig sind. Beschäftigte in den Verwaltungen werden zusätzlich verunsichert und demotiviert, geplante Investitionen werden behindert

bzw. drohen zu scheitern. Diese vollkommen richtigen Argumente hätten Jahr für Jahr dafür herhalten müssen, Kreishaushalte auch gegen innere Überzeugungen einzelner Kreisräte durchzupeitschen. Nicht selten hinterlegt mit gut und entschlossenen klingenden Anträgen in letzter Sekunde, dass die Kreisumlage nicht mehr steigen darf.

Herr Lahr kommt auf den Beschluss zur 5 % Personalreduzierung zu sprechen. Bis heute sei nicht klar, was eigentlich in dem Antrag drinsteht – geht es um Stellen oder um Kosten? Mehrfach sei darüber gesprochen worden. Es ist gekommen, wie es in dem Zusammenhang immer kam – Forderungen, die sich binnen weniger Monate in Luft auflösen oder schlicht ins Gegenteil verkehren. Immer jedoch waren teilweise massive Kostenexplosionen im Kreishaushalt vor allem von einem bekleidet – dem Prinzip Hoffnung. Irgendwie werde das immer größer werdende HH-Defizit schon geschlossen werden können. Doch diese Zeiten seien unwiederbringlich zu Ende. Es führe kein Weg daran vorbei, die im Haushalt offen zu Tage tretenden Probleme und Verwerfungen zu analysieren, sachgerecht zu thematisieren sowie gesetzeskonform zu beheben.

Herr Lahr benennt 3 Punkte exemplarisch:

1. Die Kreisumlage steige auf hohem Niveau erneut und verschärfe die finanzielle Situation. Die Leistungskraft von Städten und Gemeinden nehme weiter ab.
2. Die Sozialkosten steigen ins Uferlose ohne jeglichen Ansatz der Einflussnahme auf z. B. Transparenz oder Nutzen einzelner Maßnahmen.
3. Das Personal steige zahlenmäßig und kostenmäßig überproportional bei kontinuierlich sinkender Bevölkerung.

Folgerichtig lehne die STARKE HEIMAT-Fraktion den HH-Entwurf in der vorliegenden Fassung ab. Gleichzeitig werde die dringende Notwendigkeit eines kurzfristigen substanziellen und verbindlichen, d. h. beschlossenen HH-Sanierungsplanes mit belastbaren und zwingend umzusetzenden Zielvorgaben und Maßnahmen für einen zukunftsfähigen HH 2027 gesehen, unter der alleinigen Verantwortung des Kreistages in Regie, Organisation und Leitung des Landrates für den HH 2027.

Nur unter diesen Bedingungen sei für seine Fraktion eine zeitnahe Zustimmung zum vorliegenden HH-Entwurf realistisch.

Deshalb bittet Herr Lahr so zu verfahren, dass diesmal heute der HH-Entwurf abgelehnt wird; ein verbindlicher Maßnahmenplan kurzfristig, z. B. schon in der nächsten KT-Sitzung, vorgestellt wird. Die Problematik dulde keinen Aufschub. Dann könne über diesen HH geredet werden, aber nur unter klaren Einsparungen für den kommenden HH, der auf gesunde Füße gestellt wird und wirklich Hoffnung verbreiten kann.

Herr Paulicks möchte wissen, welche Auswirkungen der Änderungsantrag hat.

Der Vorsitzende Herr Gumprecht verweist auf die spätere Diskussion. Er fragt zunächst, ob noch weitere Wortmeldungen zur vorliegenden KT-Drucksache gewünscht sind. Dies ist nicht der Fall.

Herr Gumprecht bittet um Aussagen seitens der Verwaltung, was die Auswirkungen wären, würde der Änderungsantrag der Fraktion DIE REGIONALEN angenommen werden.

Herr Heiner, Leiter des Fachdienstes Finanzen, teilt mit, dass durch die Streichung dieser zwei Stellen die Kreisumlage um 100 TEuro gesenkt werden könnte. Der Umlagesatz würde 44,862 Prozent betragen. Eine neue HH-Satzung könnte vorgelegt werden.

Herr Plötner möchte wissen, was diese geforderten Stellenstreichungen für die Leistungsfähigkeit der Verwaltung bedeuten würden und was die realen Konsequenzen im Verwaltungshandeln wären.

Herr Melzer führt zur Stelle Fachkraft Arbeitssicherheit aus. Natürlich könne die Stelle gestrichen und nächstes Jahr erneut darüber gesprochen werden. Dann komme

dasselbe Ergebnis heraus. Er verweist auf die Verantwortung als Arbeitgeber. Es müssen Dritte hinzugezogen werden. Finanziell werden keine Einsparungen erzielt werden können.

Was die Stelle des Systemtechnikers in der IT betrifft, sei er schon etwas verwundert. Man erwarte von der Verwaltung mehr Digitalisierung. Dahingehend müsse in Personal investiert werden, um letztendlich in den Fachdiensten Synergien zu erhalten. Beispielhaft nennt er die Verkehrsbehörde, wo im Rahmen der Digitalisierung eine Kassenmitarbeiterin eingestellt werden konnte. Die Verwaltung sei mittendrin in der Digitalisierung und müsse vorbereitende Maßnahmen treffen.

Natürlich müssen auch die Kommunen ihre Arbeit erfüllen. Die Kreisverwaltung habe aber andere Aufgaben und viele Fachverfahren. Wenn die Stelle gestrichen wird, gebe es eine Mehrbelastung der vorhandenen Mitarbeiter.

Die Streichung einer Stelle bzw. die anteilige Streichung der anderen Stelle würde zur Reduzierung von ca. 100 TEuro führen. Er würde bedauern, falls der Antrag eine Mehrheit erhalten würde. Dies habe „mit Zeichen setzen“ nichts zu tun.

Herr Melzer ergänzt, dass er überzeugt ist, dass durch die vorgenommenen innerbetrieblichen Umstrukturierungen in den Fachdiensten Organisation und IT eine bessere Zusammenarbeit mit den Kommunen ermöglicht wird.

Herr Tempel möchte wissen, ob der IT-Techniker im Bereich der Einführung der E-Akte eingesetzt werden soll. Digitalisierung heiße Prozesse beschleunigen und langfristig Ressourcen einzusparen.

Herr Melzer bestätigt, dass es sich um eine reine IT-Technikerstelle handelt. Gegenwärtig gebe es eine Person, die alles betreut, bei 700 Angestellten. Die Verwaltung müsse daher nachsteuern.

Frau Sojka meint, dass die willkürliche Streichung von zwei Stellen zu simpel ist. Wenn es allen ernst gemeint ist und der von der Fraktion DIE LINKE vorgelegte HH-Begleitbeschluss zur nächsten KT-Sitzung auch beschlossen wird, müsse sich der Landrat „bewegen“. Es gebe genügend Leute, die in Rente gehen und dann müsse die Stelle jedes Mal neu betrachtet werden. Deswegen sollte es diese Arbeitsgruppe geben. Es gebe auch noch mehr Ideen, die aber nicht in der Öffentlichkeit diskutiert werden müssen. Einfach zwei Stellen zu streichen, die notwendig sind, das halte sie für zu einfach.

Herr Zippel stellt einen **Geschäftsordnungsantrag** gem. § 16 Abs. 1 GO und bittet um eine **Unterbrechung der Sitzung**.

Der Antrag wird konkludent angenommen.

Die Sitzung des Kreistages wird von 19:04 Uhr bis 19:10 Uhr unterbrochen.

Der Vorsitzende Herr Gumprecht fragt zunächst, ob noch weitere Anträge gestellt werden. Das ist nicht der Fall. Der Vorsitzende verliest nochmals den **Änderungsantrag der Fraktion DIE REGIONLEN**:

„Im Stellenplan 2026 werden die Stellen

1 VbE SB Systemtechnik in UA 02110, FD IT und

1 VbE Fachkraft für Arbeitssicherheit in UA 02200, FD Personal

gestrichen.“

Das Ergebnis der Abstimmung lautet wie folgt:

16 Ja-Stimmen, 16 Nein-Stimmen, 8 Stimmenthaltungen

Der Antrag erreicht somit keine Mehrheit und ist abgelehnt.

Der Vorsitzende stellt fest, dass somit keine Änderung der HH-Satzung erforderlich ist. Die Ausschussvorsitzenden werden aufgefordert, die Ergebnisse der Beschlussempfehlungen bekanntzugeben.

JHA (Herr Tanzmann): 8 x Ja, 2 x Nein; 3 x Enthaltung
WUBA (Frau Rath): 5 x Ja, 6 x Enthaltung
SGA (Herr Plötner): 3 x Ja, 3 x Nein, 3 x Enthaltung
FA (Herr Nündel): 3 x Ja, 5 x Nein
SKSpA (Herr Zippel): 3 x Ja, 5 x Enthaltung
KA (Herr Melzer): 3 x Ja, 1 x Nein, 3 x Enthaltung

Der Vorsitzende fordert zur Abstimmung über die von der Verwaltung vorgelegte HH-Satzung auf.

Der Kreistag fasst folgenden Beschluss:

Beschluss Nr. 123:

Der Kreistag des Landkreises Altenburger Land beschließt die Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2026.

Abstimmungsergebnis:

Von den 47 beschließenden Mitgliedern des Kreistages waren zur Abstimmung 40 Mitglieder anwesend.

Der Beschluss wurde mehrheitlich mit 22 Ja-Stimmen bei 15 Nein-Stimmen und 3 Stimmenthaltungen gefasst.

KT-DS/0129/2026

TOP 9 Finanzplan des Landkreises Altenburger Land für die Finanzplanjahre 2025 bis 2029

Der Vorsitzende bittet die jeweiligen Ausschussvorsitzenden um Bekanntgabe der Beschlussempfehlungen der vorberatenden Ausschüsse.

JHA (Herr Tanzmann): 8 x Ja, 2 x Nein; 3 x Enthaltung
WUBA (Frau Rath): 5 x Ja, 6 x Enthaltung
SGA (Herr Plötner): 3 x Ja, 1 x Nein, 5 x Enthaltung
FA (Herr Nündel): 3 x Ja, 5 x Nein
SKSpA (Herr Zippel): 3 x Ja, 5 x Enthaltung
KA (Herr Melzer): 4 x Ja, 3 x Enthaltung

Der Kreistag fasst folgenden Beschluss:

Beschluss Nr. 124:

Der Kreistag beschließt den Finanzplan des Landkreises Altenburger Land für die Jahre 2025 bis 2029.

Abstimmungsergebnis:

Von den 47 beschließenden Mitgliedern des Kreistages waren zur Abstimmung 40 Mitglieder anwesend.

Der Beschluss wurde mehrheitlich mit 22 Ja-Stimmen bei 14 Nein-Stimmen und 4 Stimmenthaltungen gefasst.

Die Sitzung wurde von 19:18 Uhr bis 19:40 Uhr unterbrochen.

KT-DS/0127/2025 nÖ

TOP 10 Beschluss zur Vergabe der Abfallentsorgungsdienstleistungen im Landkreis Altenburger Land ab 01.01.2027

Nach der Herstellung der Öffentlichkeit ruft der Vorsitzende die o. g. KT-Drucksache auf und bittet um Mitteilung des Abstimmungsergebnisses der Beschlussempfehlung.

Herr Helbig, Vorsitzender des Werkausschusses, teilt mit, dass der Ausschuss die Vorlage einstimmig zur Beschlussfassung empfiehlt.

Der Kreistag fasst folgenden Beschluss:

Beschluss Nr. 125:

Der Kreistag beschließt:

Die Abfallentsorgungsdienstleistungen im Landkreis Altenburger Land werden ab dem 01.01.2027 wie folgt vergeben:

Los 3 - Einsammlung und Transport von Elektro-/Elektronikaltgeräten, einschl. Containergestellung und dem Abtransport von den Recyclinghöfen sowie Einrichtung und Betrieb einer Annahme-/Übergabestelle nach ElektroG,

an: **Veolia Umweltservice Ost GmbH**
Rosenstraße 99
01159 Dresden

während der Vertragslaufzeit vom 01.01.2027 bis zum 31.12.2032 zu einem Nettoentgelt von 1.563.812 Euro (Entscheidungsbarwert zum 01.01.2027) mit einer zweimaligen Verlängerungsoption für jeweils zwei weitere Jahre.

Los 5:

Transport und Verwertung von Altpapier

an: **JassFibre GmbH**
August-Röbling-Straße 24
99091 Erfurt

während der Vertragslaufzeit vom 01.01.2027 bis zum 31.12.2030 zu einer Gesamtnettovergütung von 1.092.666 Euro (Entscheidungsbarwert zum 01.01.2027) mit einer zweimaligen Verlängerungsoption für jeweils ein weiteres Jahr.

Los 6

Übernahme, Transport und Verwertung von Bioabfall und Grünschnitt

an: **KAL GbR Kompostierung Altenburger Landwirte**

**Geraer Straße 1 a
04603 Göhren**

während der Vertragslaufzeit vom 01.01.2027 bis zum 31.12.2030 zu einem Nettoentgelt von 3.109.037 Euro (Entscheidungsbarwert zum 01.01.2027) mit einer zweimaligen Verlängerungsoption für jeweils ein weiteres Jahr.

Abstimmungsergebnis:

Von den 47 beschließenden Mitgliedern des Kreistages waren zur Abstimmung 39 Mitglieder anwesend.

Die Abstimmung über LOS 3 erfolgte mit 38 Ja-Stimmen und einer Nein-Stimme.

Die Abstimmung über LOS 5 erfolgte einstimmig mit 39 Ja-Stimmen.

Die Abstimmung über LOS 6 erfolgte ebenfalls einstimmig mit 39 Ja-Stimmen.

Altenburg, den 5. März 2026

Der Vorsitzende

Die Schriftführerin

Christian Gumprecht
Vorsitzender des Kreistages

Kerstin Gabler
Büro des Kreistages